



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

20. Mai 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade komme ich von der **Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung (ILA)**. Dort war ich in meiner Funktion als Koordinatorin der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel zum Eröffnungsrundgang geladen, auf dem wir u.a. den Raumfahrt pavillon besichtigt haben. **Viele spannende Veranstaltungen und Attraktionen erwarten diese Woche die Besucher der ILA. Ein Höhepunkt des ESA-Jahres wird der Start der „Blue Dot“-Mission sein.** Der deutsche ESA-Astronaut Alexander Gerst, den ich erst kürzlich persönlich kennengelernt habe, wird am Mittwoch, dem 28. Mai um 21.56 Uhr MESZ an Bord eines Sojus-Raumschiffs vom Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan zur Internationalen Raumstation ISS starten. Dieses Großereignis der deutschen Raumfahrt kann man auch im Livestream verfolgen. Hier der Link: <http://blogs.esa.int/alexander-gerst/de/2014/05/15/deutsch-alex-start-zur-iss-seid-live-dabei-in-koln-frankfurt-und-im-netz/>

Am Wochenende fliege ich für 3 Tage nach Katar. Dort werde ich mich bei Vertretern der Regierung und der Wirtschaft für die Deutsche Informationstechnologie made by Fraunhofer Institute verwenden. Katar, das erst diese Woche Aufsehen erregte, weil das Herrscherhaus des Emirats Deutsche-Bank-Aktien erwarb und nunmehr der größte Einzelaktionär der Bank ist, ist in der Vergangenheit oft für seine menschenrechtliche Situation kritisiert worden - dies unter anderem vor dem Hintergrund der Vorbereitungen auf die Fußball-WM 2022. Das Thema werde ich natürlich auch ansprechen. **Ich bin sehr gespannt auf die Einblicke in dieses Land.**

Apropos Fußball: Ich habe mich gestern Abend ganz außerordentlich über den Aufstieg unserer Lilien in die 2. Liga gefreut!!! Was der SV98 gestern Abend in Bielefeld, aber auch die ganze Saison hindurch gezeigt hat, ist großer Kampfgeist, viel Ausdauer und schlichtweg guter Fußball. Ein verdienter Aufstieg - und das nötige Quäntchen Glück war auch dabei!

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Euse / Ihre Brigitte Zypries

+++ Podiumsdiskussion +++

Cross-Talk zur Zukunft Europas

Am **Donnerstag, den 22.05.2014** um **16.00 Uhr** wird der **SPD-Europakandidat Santi Umberti** mit **Andreas May (FDP)** auf dem **Darmstädter Ludwigsweg** mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas diskutieren. **Am Sonntag, 25. Mai 2014** ist **Europawahl**. Zu den erklärten Zielvorgaben der SPD für die Zukunft Europas zählen: Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch Förderung vor allem mittelständischer Unternehmen, keine Absenkung unserer europäischen Verbraucher- und Umweltstandards durch TTIP, mehr Steuergerechtigkeit und der europaweite Ausbau der digitalen Infrastruktur. Über diese und weitere Themen kann am Donnerstag am Ludwigsweg diskutiert werden. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.



+++ Preis ausgeschrieben +++

Landkreis vergibt Denkmalschutzpreis 2014

Darmstadt-Dieburg wird in diesem Jahr zum **14. Mal** den Denkmalschutzpreis vergeben. **Mit dem Preis, der mit 2.600 Euro dotiert ist, wird besonderes bauhistorisches Engagement in der Denkmalpflege gewürdigt.** Einzelpersonen, Personengruppen, Organisationen, Verbände und Arbeitsgemeinschaften können sich noch **bis zum 30. Juli** bewerben oder vorgeschlagen werden, wenn sie ein denkmalgeschütztes Objekt gut saniert haben und sich dabei in herausragender Weise für den Erhalt von Denkmälern verdient gemacht haben. Der Preis wird Ende November vergeben.

Weitere Informationen erteilt das Fachgebiet Denkmalschutz unter 06151/881-2331 oder per E-Mail: denkmalschutz@ladadi.de

Das Transatlantische Freihandelsabkommen - hohe Schutzstandards müssen bleiben

Am Donnerstag Vormittag wird das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen (kurz: TTIP) den Bundestag beschäftigen. Mehrere kritische Anträge der Linksfraction und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben das Thema, das auch in der Öffentlichkeit sehr umstritten ist, auf die Tagesordnung gebracht.

Die beiden größten Wirtschaftsräume der Welt wollen eine Freihandelszone errichten. **Das Abkommen birgt große Chancen. Nicht nur werden positive Effekte auf Umsätze und Arbeitsplätze erwartet. Im Idealfall soll das Abkommen auch Maßstäbe für die Gestaltung von Freihandelsabkommen weltweit setzen** - z.B. durch die Daten oder Arbeitsschutzstandards.

Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ist allerdings die **Angst vor dem „Chlor-Hühnchen“**, also vor Absenkung unserer in Europa sehr hohen Standards des Verbraucherschutzes, des Umwelt- und Datenschutzes und nicht zuletzt vor dem Verlust unserer großen kulturellen Vielfalt und öffentlicher Daseinsvorsorge groß. Die SPD nimmt diese Bedenken sehr ernst. Bundeswirtschaftsminister und Partei-Chef Sigmar Gabriel hat folgende Leitlinien für die weiteren Verhandlungen vorgegeben:

- **Kein Sozialdumping:** Eine Aufweichung der europäischen Schutzstandards für Arbeitnehmer und Verbraucher darf es nicht geben.
- **Keine Sondergerichte:** Die zum Investitionsschutz in der Diskussion befindlichen Sondergerichte, welche die demokratischen Entscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger aushebeln könnten, treffen auf erhebliche Bedenken in der SPD.
- **Transparenz:** Am Ende der Verhandlungen sollen die nationalen Parlamente über das Ergebnis abstimmen - nur so hat TTIP überhaupt eine Chance. Zudem wird am Mittwoch erstmals ein Beirat im BMWi tagen, in dem Arbeitgeber, Gewerkschafter, Kirchen, Kulturschaffende und Verbraucherschützer u.a. gemeinsam über das TTIP beraten werden.

Fest steht: Was auch immer die Europäische Kommission in den Verhandlungen mit den USA als Ergebnis vorlegen wird - **ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments kann das Abkommen nicht in Kraft treten. Und ich bin auch der Auffassung, dass der Bundestag zustimmen muss.** Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ist also wichtig. Auch deshalb gilt: **Gehen Sie am 25. Mai zur Wahl, Sie stimmen damit auch über die Zukunft des TTIP ab. Und bitte: Nehmen Sie Ihre Nachbarn mit!**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

Bilder:

Seite 2: *Sven Schneider* / [aboutpixel](#)

Seite 3: *Hannes Nonhebel*

Grüne Gentechnik - Entscheidungsfreiheit der Mitgliedstaaten der EU stärken

Ob der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Deutschland möglich sein soll oder nicht - diese wichtige Frage wird diese Woche im Bundestag diskutiert. Ziel der Debatte ist es, zu einem Entschluss zu kommen, wie die Bundesregierung sich auf EU-Ebene zu dem Thema verhalten soll.

In der EU ist der Anbau von GMO-Pflanzen bereits seit 1998 zulässig. Nach geltender Rechtslage können die Mitgliedstaaten jedoch temporäre Anbauverbote erlassen, wenn aufgrund neuer oder zusätzlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse Grund zu der Annahme besteht, dass eine Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt besteht. Diese sogenannte Schutzklausel kann jederzeit in Anspruch genommen werden, muss aber ausführlich begründet und wissenschaftlich unterlegt werden. Rechtsgrundlage ist die Freisetzung-Richtlinie 2001/18 EG.

Es steht schon länger im Raum diese Freisetzungsrictlinie zugunsten einer sog. Opt-Out-Klausel zu ändern, die es den Mitgliedstaaten erleichtern würde, nationale Anbauverbote zu erlassen. Wie dieses „Opting Out“ allerdings gestaltet sein soll, wird sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene kontrovers diskutiert. **Zur Debatte stehen der Vorschlag der griechischen Ratspräsidentschaft einerseits und derjenige des Europäischen Parlaments andererseits, die sich in der Ausgestaltung des Zulassungsverfahrens unterscheiden und in der Frage auf welche Gründe nationale Anbauverbote zu welchem Zeitpunkt gestützt werden können.** Der Vorschlag Griechenlands wurde von der SPD kritisiert, weil er einerseits Unternehmen die Möglichkeit einräumen soll, den nationalen Anbauverböten zu widersprechen und zudem einen späteren Ausstieg aus dem Anbau nach einem Regierungswechsel nicht vorsieht.

Die Koalitionsfraktionen aus SPD und CDU/CSU werden am Donnerstag einen gemeinsamen Antrag stellen, den man als Kompromiss zwischen den beiden Vorschlägen bezeichnen kann. **Die SPD akzeptiert darin Griechenlands Opt-Out-Vorschlag als Diskussionsgrundlage, fordert jedoch die jederzeitige Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Anbau - dies ohne neue Forschungsergebnisse, wie derzeit verlangt. Außerdem soll sich die Bundesregierung für eine Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte einsetzen.**